

Christel Neusüß

Der „freie Bürger“ gegen den Sozialstaat?

Sozialstaatskritik von rechts und von Seiten der Alternativbewegung

## I. Fragestellung

Von Gewerkschaftsseite wird der Alternativbewegung heute vorgeworfen, sie sei sich in mindestens einem Punkt verbal einig mit der politischen Rechten: In der Ablehnung des Sozialstaats als Fürsorgestaat, der Bürokratie, der Sozialstaatsbürokratie. In der Alternativbewegung wird die „lebenslange Behandlung durch Institutionen“ (1) abgelehnt, in der politischen Rechten die „sozialbürokratische Dienstleistungsagentur“ (2). In der Alternativbewegung spricht man von der „institutionellen Mega-Maschine“, welche „soziale Lebensgemeinschaften zerstört“ (3), in der politischen Rechten von der „Totalisierung von Staat und Gesellschaft“ (4). Die Gleichheit der Schlagworte, in denen sich Kritik formuliert, läßt auf der Basis historisch falsch oder gar nicht verarbeiteter Traumata Erinnerungen an die Dynamik solcher Übereinstimmungen wach werden.

Im folgenden also ein Versuch zu differenzieren:

Was sind die Inhalte der Sozialstaats- und Bürokratiekritik von rechts und von Seiten der Alternativbewegung?

Wie ist diese Kritik in den Gesamtzusammenhang von Gesellschaftsanalyse und politischer Zielrichtung einzuordnen?

Wo liegen die Schwächen der Alternativbewegung in ihrer Kritik am Sozialstaat, wo ihre berechtigten Momente?

Wo liegen die Bornierungen von Positionen, die jede Kritik am Sozialstaat auf die andere Seite der Barrikade schieben?

## II. Zur gegenwärtigen politischen Ideologie der Rechten

Zunächst ein Aufriß: Sammelt man die begrifflichen Varianten der Bürokratie- und Sozialstaatskritik der Rechten, so fällt schnell auf, daß hier nicht nur die „Sozialstaatsbürokratie“ denunziert wird, sondern gleichzeitig der Staatsbürger. Vom konservativen Sammelbändchen „Der überforderte schwache Staat“ (5), über Verlautbarungen rechter FDP-Fraktionierungen, über Fredersdorf bis hin zu Strauß wiederholt sich die Klage über die „Begehrlichkeit des Bürgers“, seine „Anspruchshaltung“, die „Versorgungsmentalität“, über die „faulen Drückeberger und Wehleidigen, die belohnt“, während die „Ehrgeizigen“ bestraft würden, die Klage über das „Schmarotzertum“ (6). Der Schmarotzer ist in dieser Reihenfolge nur das margina-

lisierte Endprodukt begehrlcher Durchschnittsgesinnung, und der Begriff der „Begehrlchkeit“ verweist auf die ibrigen Ausgestaltungen rechter Ideologie: Wer mehr hat, dem wird's geneidet; die natrliche Ungleichheit zwischen den Menschen werde nicht akzeptiert; die Leistungsunterschiede wrden nicht belohnt; iberhaupt, der Kernpunkt bgrgerlicher Moral, die individuelle Leistungsbereitschaft werde grundlegend durch den sozialen Versorgungsstaat in Frage gestellt. Der „Schmarotzer“ ist der, der nichts leistet und damit gesellschaftlich unverantwortlich handelt. Sozialstaat und Sozialismus seien gar nicht so unterschiedlich, da den FleiBigen genommen und den Faulen gegeben werde. Der Jugendliche, der Arbeitslosengeld erhlt und nicht jede Arbeit annimmt, der Student, der sich gegen das blinde karrierebewuBte Einpauken jeglichen ihm vorgesetzten Stoffes wehrt, werden zu negativen Figuren verzerrt: Derartiges sei das Resultat, zu welcher die allseits verbreitete „Anspruchshaltung“ der Bgrger an den Staat fhren knne und an deren Ende dann die „roten Pbelhorden“ stehen, welche hinwiederum „die Feinde der Arbeiter verkbrpern, die Feinde der Arbeiterfreiheit (! Ch. N.), die Feinde des kleinen Mannes“ (7). In die gleiche Richtung geht der konservative Cheftheoretiker Schelsky, wenn er sein Buch gegen die linke Intelligenz mit dem Titel „Die Arbeit tun die anderen“ versieht und damit, bewuBt an einen von ihm theoretisch angenommenen Neidkomplex appellierend, die linke Intelligenz insgesamt des Schmarotzertums bezichtigt. Oder ganz platt im ‚Arbeitgeber‘: „Immer weniger arbeiten fr immer mehr, und immer mehr leben von der Arbeit anderer“. (18. 9. 1975) Und damit ist sicherlich nicht gemeint, der materielle Reichtum sei inzwischen so, daB fr alle Lebenserleichterungen mglich seien. Hier werden auch die Scharniere sichtbar, in denen sich dies alles in Richtung „Freiheit oder Sozialismus“ dreht. Der Sozialstaat schrnkt die Freiheit des Bgrgers ein. Er erzeugt eine Anspruchshaltung. Die Anspruchshaltung zersetzt das Leistungsprinzip – bei Arbeitern genannt ‚FleiB, Sparsamkeit, Disziplin, Zuverlssigkeit‘ (8). Die Zersetzung des Leistungsprinzips fhere zu seiner vlligen Negation in der jungen Generation. Der Angriff auf das Leistungsprinzip werde noch durch die „sozialistischen Glcksbringer“ und „emanzipatorischen Reformeuphoriker“ fortgefhhrt, welche „Gerechtigkeitsmoralismus“, „Sehnsucht nach der blauen Blume der Utopie“, „Wahn der totalen Gleichheit und Gleichmacherei“ predigten (9). Resultat des ganzen: Der Sozialstaat beseitigt den sparsamen, fleiBigen, disziplinierten leistungsbewuBten sprich *selbstverantwortlichen, sich selbst helfenden Bgrger* und gibt damit den Hintergrund ab fr jenes Bndnis zwischen „Radikalen und Faulen“ (10), welches nach 20-jhriger kultureller Wertestabilitt schon bei der Studentenbewegung entdeckt werden konnte. Und so oft auch die SPD ehrlich versichern mag, sie habe mit dem bezeichneten Feind nichts zu tun, die innere Logik des reaktionren ‚Paradigmas‘ wird sie, sofern sie den Sozialstaat und nicht nur den Rechtsstaat anstrebt, immer erneut schuldig sprechen.

II. 1. Der ‚freie Bürger‘ oder: „Ich habe keinen Zweifel, daß Chile ein demokratisches und freies Land ist.“ (Strauß)

Der Begriff von Freiheit und Selbstbestimmung, welcher gegen den „sozialbürokratischen Versorgungsstaat“ mobilisiert wird, meint das egoistische bürgerliche Individuum im Bereich des Wirtschaftslebens, aus dessen Streben nach maximaler Verwertung ‚seines Kapitals‘ – das Streben des zum ‚Bürger‘ gewordenen *einzelnen* Arbeiters, seine Arbeitskraft möglichst teuer zu verkaufen, eingeschlossen – unter Bedingungen der Marktfreiheit die optimale Nutzung der vorhandenen Ressourcen sich dann schon von selbst ergäbe. Oder wie der Altneoliberale Hayek formuliert: Gesellschaftliches Handeln der Individuen beschränkt sich in der ‚Marktwirtschaft‘ auf die Beachtung des Preises – als Regelmechanismus. Als einziges *inhaltliches* Interesse der Individuen gelte dasjenige, „für sich selbst und seine Familie Erfolg zu haben.“ (1) Wenn Strauß die Erhaltung der FdGO als Staatszweck zitiert, so appelliert er an das seine eigenen Interessen verfolgende Privatindividuum, von dem er annimmt, daß es ein in der Gesellschaft vorhandener *wirklicher* Bezugspunkt für eine klassen- und schichtenübergreifende Volkspartei und einen starken Staat sei. In ihm sucht die reaktionäre Ideologie eine homogene gesellschaftliche Grundlage, eine alle verbindende einheitliche Interessenrichtung, die sich gegen die ‚Feinde der Freiheit‘ ausrichten und mobilisieren läßt. Was für den Faschismus der ‚rassereine Arier‘, ist für das reaktionäre Denken heutiger Provenienz der ‚freie Bürger‘, dem ein starker Staat die individuelle Aneignung der Resultate seiner individuellen Leistungsanstrengungen zu sichern verspricht. Der Gegner dieses Bürgers soll – neben den Radikalen – die Bürokratie, insbesondere natürlich die Sozialbürokratie sein, die ihm, vermittelt über ein verwirrendes Gesetzesinstrumentarium, das Produkt seiner individuellen Arbeit sprich Leistung abnimmt (oder man kann auch sagen enteignet und man kann auch sagen sozialisiert), um es dann an die ‚Faulen‘ zu verteilen. Die „Gesetzesflut“ (12) soll eingeschränkt, „wirtschaftsfeindliche Steuerbelastungen abgebaut“ (13), das „Labyrinth unverständlicher staatlicher Reglementierungen“ sprich Gesetze durch „mehr Spielraum“ für die „ausführenden Behörden“ (sprich Exekutive) gekontert (14), eine „unbürokratische Freiheit der Wirtschaft“ „wieder hergestellt“ (15) und zum „Zwecke der Hebung der Leistungsbereitschaft“ Steuersenkungen für alle durchgeführt werden.“ (16) Auf „diesem Wege der ständigen Ausdehnung der Steuern darf nicht fortgefahren werden. Das ist es, wenn wir davon reden, daß die Entscheidung auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet zwischen der freiheitlichen Gesellschaft und einer gegängelten, bevormundeten, von Beamtenapparatschiks und Funktionären von der Wiege bis zur Bahre total ... entmündigten Gesellschaft fällt.“ (17).

Mit Bürokratie ist hier zum einen also der steuererhebende Staat gemeint, der eigentliche ‚Ausbeuter‘ (wobei ein solcher Begriff wohlweislich nicht fällt), der dem ‚freien Bürger‘ sein wohl erworbenes Eigentum abnimmt. Zum anderen ist der Gesetzgebungsstaat vor allem in seiner die Freiheit der Ausbeutung einengenden Tätigkeit gemeint: „Ja wer soll denn da noch einen Lehrling einstellen, der steht ja immer schon mit einem Fuß im Gefängnis, wenn der Gewerbeinspektor dann daher-

kommt.“ (19) Unter diesem Motto wird die gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit des Staates propagiert und seine Verpflichtung allein auf die Forderungen der Akkumulationsbedingungen des Kapitals. Was die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung zur Integration in die bürgerliche Gesellschaft bewegte, nämlich daß die Arbeiter 1918 auch Staatsbürger wurden, daß vermittelt über das Parlament als Gesetzgebungsinstrument einer Arbeiterpartei die Möglichkeit gegeben war, soziale Verantwortung für den Schutz der Lohnarbeiter, später hieß es dann ‚der Schwächeren‘ als Staatsaufgabe zu definieren und rechtlich zu sanktionieren: diese historisch entwickelte Qualität des bürgerlichen Staates soll wieder zurückgestaucht werden.

Insofern der ‚freie Bürger‘ die homogene klassen- und schichtenübergreifende Basis eines starken Staates darstellen soll, haben weder Strauß, noch Fredersdorf etwas mit dem Faschismus gemein. Was die politische Rechte ideologisch von Positionen etwa des Reichsverbands der Deutschen Industrie 1929 unterscheidet, ist ihre Vorstellung, auch die Arbeiterschaft in eine Front der ‚freien Bürger‘ gegen den Steuerstaat integrieren zu können (20). Vom Faschismus unterscheidet sie – und beide Unterschiede hängen zusammen – das Fehlen einer ‚der Wirtschaft‘ übergeordneten gemeinsamen Zielsetzung, wie sie etwa von Hitler gegenüber Kirdorf formuliert wird: „Die Bewegung geht ... von der Erkenntnis aus, daß die Zukunft eines Volkes nicht garantiert wird durch die Wirtschaft an sich. Sie sieht in ihr nur eine notwendige Dienerin im Leben eines Volkskörpers oder Volkstums.“ (21) Oder Goebbels, kollektives Bewußtsein ansprechend in seinen vor allem an die Berliner Arbeiterschaft gerichteten Auslassungen: „Die *kapitalistische Weltanschauung*, die auf dem *Liberalismus* beruht und darauf hinausläuft, dem *Einzelindividuum* auf Kosten der Volksgesamtheit *Freizügigkeit* zu gewähren ist geistig tot ... Die *deutsche Zukunft* wird sich nicht mit einem Zustand abfinden dürfen, in dem es möglich ist, daß die Inhaber der *Produktionsmittel* ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das Wohlergehen des ganzen Volkstums ihre Wirtschaftspolitik fortsetzen können.“ Der „gemeine Nutzen“ muß „dem Eigennutz voranstellen“ (22). Die Faschisten suchten sich durchaus die Negation des bürgerlichen Individualismus und Egoismus in der damaligen Arbeiterbewegung anzueignen.

Im Unterschied zum Faschismus kommt selbst demagogisch Kapitalismuskritisches bei Strauß nicht vor. Im Gegenteil, daß solches bei der faschistischen Propaganda eine Rolle spielte, will Strauß in einer ausgeweiteten Totalitarismusvariante im Wahlkampf dazu benutzen, seine von ihm aufgestellte Gleichung Faschismus gleich Sozialismus an den Mann zu bringen. Sie ist übrigens nicht neu in der Straußschen Ideologie. Die Gleichsetzung von Bürokratie, Diktatur, Freiheitsbeschränkung, die von dieser Seite besonders gerne argumentatorisch auch gegen die Einheitsgewerkschaften gerichtet wird (23), geht in die gleiche Richtung: Das allgemeine Bewußtsein, daß der Faschismus von Übel gewesen sei, wird zum Kampfmittel der politischen Rechten pervertiert.

Der Begriff des Bürgers ist politisch gereinigt. Differenzierte die liberale Theorie zwischen Staatsbürger und Privatindividuum, zwischen citoyen und bourgeois, wobei die Kategorie des Staatsbürgers die politischen Freiheitsrechte einschließt

und die bewußte Vergesellschaftungsleistung gegenüber der blinden des Marktes im politischen Gemeinwesen, im Staat, in der Kommune hervorhebt, so wird genau diese Seite des ‚freien Bürgers‘ in der Ideologie der politischen Rechten negiert (24). Den Staat als „politisches Gemeinwesen“ im Unterschied zur privaten Wirtschaft mit der inhaltlichen Bestimmung sozialer Verantwortung gegenüber den Schwächeren aufgefüllt zu haben, macht ja gerade die Zutat der Sozialdemokratie zum bürgerlichen Staat aus. Damit wurde der Staat eben mehr als nur eine gemeinsame Veranstaltung der Bürger zur Sicherung ihres Privateigentums. Der neue Liberalismus sucht gewissermaßen den status quo ante wieder herzustellen. Der „starke liberale Staat“ – von der politischen Rechten heute immer wieder als Ziel propagiert – meint einen, der die ‚Freiheit‘ des Marktes und des Profits garantiert, die politische Freiheit unter dem Stichwort wehrhafte Demokratie demgegenüber zurückzunehmen gedenkt und der wieder liberal im Unterschied zu sozial ist. Der Begriff sagt schon viel. Der Staat ist stark – auf der Basis moderner Technologie ist er ausgestattet mit den Mitteln und Möglichkeiten der totalen Überwachung jedes einzelnen – eine faschistische Massenbewegung als Basis der Machtausübung ist heute gar nicht mehr so nötig. Er ist *liberal* und dieser Begriff meint den Staat eben nicht in seiner Qualität als Staat, sondern in seiner inhaltlichen Zielsetzung: Sicherung der kapitalistischen Ordnung eingeschlossen jegliche unmittelbare Staatssubventionierung der Kapitalprofite (25). Daß man einen ‚starken‘, notfalls brutal zuschlagenden, wenn auch nicht gerade einen faschistischen Staat – aber das sind dann überflüssige Spekulationen – brauchen wird, will man hinter 1918 zurück, darin kalkuliert die politische Rechte durchaus korrekt.

Strauß meint dazu: Für ihn seien Kapitalismus und Faschismus unvereinbar. Auch das chilenische Militärregime sei autoritär und keinesfalls faschistisch. Autoritär, dies hieße „den Bürger von der politischen Willensbildung ausschließen ... totalitär“ bedeute „darüber hinaus noch seine sämtlichen Willensbereiche im öffentlichen Leben wie im privaten Bereich total durchdringen“ zu wollen. Derart „kollektivistische Systeme“ seien der Faschismus, Marxismus, Leninismus, Kommunismus. Dem stünde das „liberale, bürgerlich demokratische parlamentarische System“ mit der Betonung auf der Person, dem Individuum, mit seiner Betonung des Menschen gegenüber, in dem allenfalls, wie eben in Chile, mal die Bürger zeitweise von der politischen Willensbildung ausgeschlossen werden könnten (27).

Die Klassenkämpfe der Weimarer Republik wurden in der Formel von der biologischen Einheit der arischen Rasse und der Rede von der Volksgemeinschaft aller Schaffenden als Grundlage politischer „klassenübergreifender“ Einheit gewalttätig liquidiert. Ein derartiger Volksbegriff ist heute historisch nicht mehr möglich. Der autoritäre Staat soll nicht auf den „Volksgenossen“, sondern auf den atomisierten, blind ihre unmittelbaren Interessen verfolgenden Individuen aufbauen. Und insofern sind die hanebüchene Geschichtsfälschungen der CSU mit ihrer Gleichsetzung von Nazis und Sozis auch kein Zufall. Sie passen in diese Ideologie: „Die Nazis seien Leute gewesen, die im großen und ganzen kollektivistische Lösungen angestrebt und durchgeführt haben.“ (28) Und: „Nicht die Sozialisierung der Produktionsmittel, sondern die Sozialisierung der Menschen“ sei das Ziel der Nazis gewesen (29).

Der rechte Chefideologe Schelsky klagt: „Die leidenschaftliche Hingabe, die Verteidigungsbereitschaft, der ideale Anspruch, daß diese politischen Glaubensinhalte über allen individuellen Zielsetzungen und Interessen rangieren und daher auch große individuelle Opfer erfordern, diese aktive politische Gläubigkeit“, die – was Schelsky nicht erwähnt – noch der Faschismus für sich zu mobilisieren suchte, „fehlt ... Für die soziale Marktwirtschaft oder für die Verfahren des Rechtsstaates zu sterben, dies zu erwarten wäre absurd ... Gegenüber dem sozialistischen oder nationalistischen Glauben ist der Glaube an ‚eine Gesellschaft der Selbständigen‘ dadurch gekennzeichnet, daß er nicht die Interessen des Kollektivs grundsätzlich den Ansprüchen der Person überordnet und auf eine ferne politische Zukunft verweist.“ (29) Bemerkenswerterweise auch hier die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus, also keine neue Idee von Strauß, sondern im Strom rechter Ideologie heute schwimmend.

An das blind seine Interessen verfolgende Privatindividuum sucht man also anzuknüpfen. Denken und politisches Handeln im Sinne gesellschaftlicher Verantwortlichkeit wird als potentiell faschistisch denunziert. Das Strauß'sche Plädoyer für unkontrolliertes Wachstum überhaupt und hemmungslose Entwicklung der Kernenergie nimmt diese Figur des interessierten Privatindividuums als Ansatz.

Was schon für den Faschismus galt, gilt heute umsomer: Eine Ideologie, die die vorhandene Krise zu lösen verspricht ohne das kapitalistische System in Frage zu stellen, kann nicht mehr das Klasseninteresse der Besitzenden zur einzigen Grundlage haben, sie kann am ‚Volk‘ nicht vorbei. Sie operiert mit dem Versuch der Festbeschreibung dessen, was als Kitt die bundesrepublikanische Gesellschaft über existierende Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit hinaus zusammengehalten hat, das „gemeinsame Produktionsinteresse“ von Kapital und Arbeit zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums. Zu fragen ist, inwieweit sich in der antikollektivistischen Ideologie der heutigen Rechten selbst wieder auch gegenwärtige Bewußtseinsformen der Lohnabhängigen reflektieren, so wie sich im demagogischen Begriff des *Nationalsozialismus* das *kollektive* Bewußtsein der Arbeiterschaft der Weimarer Republik widerspiegelte? Und zu fragen ist natürlich auch, welche neuen historischen Wahrheiten denn hinter dieser antikollektivistischen Ideologie stecken.

## II. 2. „*Ich bin gegen den Wahn der totalen Gleichheit und Gleichmacherei*“ (Strauß)

„Nicht nur solange die Einkommen, sondern solange die Arbeit selbst ungleich verteilt ist, kann von sozialer Gerechtigkeit letztlich nicht die Rede sein.“ (31)

Keine rechte Ideologie könnte heute ihr Hauptthema von der naturgegebenen Ungleichheit der Menschen und ihren Haß auf die „utopistischen Gleichmacher“ noch mit dem Hinweis auf Besitz und Nichtbesitz rechtfertigen. Im Gegenteil, daß die Arbeiter auch etwas besitzen, wenn auch nicht so viel, gerade dies wird immer wieder betont. Zurückgegriffen wird vielmehr auf die in der stofflichen Gestalt der menschlichen und der maschinellen Produktivkräfte verankerte Arbeitsteilung und Herrschaft, auf das entwickelte System ungleicher Verteilung der Arbeitsarten und

damit verbundener *Entscheidungsgewalt* auf die inzwischen auf 90 % der Bevölkerung zu wachsende ‚Masse der Lohnabhängigen‘. Daß jeder hier zu recht gemäß Naturbegabung und individueller Leistungsanstrengung auf dem besseren oder schlechteren Platz sitze, aus dieser Auffassung naturgegebener sozialer Ungleichheit speist sich die Ideologie, Strauß sitze dort, wo er sitze, weil er ja so außerordentlich intelligent sei, wie schon seine Abiturnoten gezeigt hätten. Selbst von Straußgegnern hört man da immer wieder Bewunderung, die allerdings angesichts des Wahlkampfes des Bundeskanzlerkandidaten nicht unbedingt verständlich ist. Der Intelligenzquotient als Maß aller Dinge. Und weil die Gesamtschule angeblich die Entwicklung solcher bewundernswerten Intelligenzen verhindert, deshalb soll sie fort. Je unterschiedlicher die Schule die Individuen entwickelt, desto besser.

Nicht zufällig machen sich die Schimpftiraden auf die „Gleichmacherei“ gerade an der sozial-liberalen Schulpolitik fest. War sie doch, wenigstens in den großen Zeiten der Bildungsreform, von einer Infragestellung des Mythos von der Übereinstimmung zwischen gesellschaftlicher und natürlicher Ungleichheit getragen: Die sozialen Lebensbedingungen, nicht die natürlichen Begabungen, seien daran schuld, daß Arbeiterkinder und Kinder aus unteren Angestelltenschichten so selten in den Hochschulen zu finden seien. Gleiche Chancen für alle seien herzustellen, den sozial ungleichen Voraussetzungen sei durch eine entsprechende Bildungspolitik zu begegnen. Der von der technologischen Entwicklung erhoffte erhöhte Bedarf an qualifizierter Arbeit werde dazu führen, daß die breiter entwickelten Qualifikationen auch Verwendung im gesellschaftlichen Arbeitssystem finden würden. (Das System der im Produktionsprozeß verankerten Ungleichheit wurde allerdings von der sozial-liberalen Koalition keineswegs in Frage gestellt). In dem Maße, wie die Hoffnungen auf den technischen Fortschritt als automatischem Produzenten eines hohen Anforderungsniveaus zerschmilzt und mittelständische Eltern um die Karriere ihrer Kinder aufgrund erhöhter Konkurrenz bangen, gewinnt der Biologismus wieder Raum.

Die politische Rechte weigert sich heutzutage auch schon nicht mehr, neue elitär-biologistische gesellschaftliche Erklärungsmuster zu liefern. In einem Sammelband mit dem Titel „Die neue Elite“ findet sich ein Artikel über „Erbgut und Umwelt“ von Hans Moor. Ausgehend vom heute gängigen Intelligenzbegriff – wie er sich etwa im IQ manifestiert – stellt der Verfasser genetisch bedingte Ungleichheit derselben fest. Das Ökologieproblem kurz streifend folgert er dann: „Intellektuelle Begabung ist die wertvollste Ressource in unserer gefährdeten Welt ... Die Regreßerscheinungen unserer wissenschaftlich-technischen Hochkultur können nur durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt, durch die äußerste Konzentration von Sachverstand und Schöpferkraft überkompensiert werden.“ (32) Ins Reine gesprochen: Eine Schulpolitik der breiten Förderung hat zurückzutreten gegenüber einer Politik der systematischen und strengen Elitebildung und Auslese, wobei allerdings durchaus die Ressourcen aus der Arbeiterklasse auszuschöpfen seien. Dies sei gesellschaftliche Lebens- und Überlebensbedingung. „Kein Mensch kann über seinen genetischen Schatten springen. Er sollte es darum auch nicht versuchen. Frustration und Neid sind ärmliche Weggenossen.“ (33) Diejenigen, die herausfallen, unten bleiben, im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung die niedrigeren Arbeitsarten

verrichten, sollen dieses ihr Schicksal auf ihre mangelnde Intelligenz zurückführen. An anderer Stelle lobt der Verfasser mit Emphase die natürliche Ungleichheit: „... Sie ist aber auch Grundlage gewesen für die konsequente Arbeitsteilung, die funktionale Hierarchie und damit für die erstaunliche Leistungsfähigkeit und Flexibilität der menschlichen Population.“ (34) Man beachte den Sprachgebrauch. Züchtung einer intellektuellen Elite und Aufgabe jedes Wunsches auf Verbesserung bei denjenigen, die unten geblieben sind, weil Einsicht in genetisch bedingte Ungleichheit: Dies wird als biologistische Lösung der kapitalistisch produzierten Krise erneut angeboten.

Der ‚rassisch gleiche Volksgenosse‘, in welchem noch die Überwindung von Klassengegensätzen pervertiert gerade von bürgerlichen Jugendlichen geträumt wurde, steht heute nicht mehr auf der Tagesordnung. Innerhalb des eigenen Gesellschaftskörpers soll der Ausleseprozeß erfolgen, um das System des Kapitalismus unter anderem als ein System der Degradierung der Individuen in ihrer Arbeit zu legitimieren. Wie sich hier zeigt, ist der Schritt von einer Theorie der für die Entwicklung des Fortschritts notwendigen funktionalen Arbeitsteilung der Gesellschaft zu ihrer Legitimation als Naturprodukt bis hin zu ihrer biologistischen Mystifizierung mit allen einschließenden Folgen der Menschenverachtung nicht allzu weit. Von den arbeitswissenschaftlichen Lehrstühlen der deutschen Universitäten wird sie so und so nicht erst seit neuestem gepredigt. Treffen sich bornierte Arbeitsarten mit biologisch als unterschiedlich eingrenzbarer Gruppen – Ausländer, Frauen – so ist dies ein gerne aufgegriffener Ansatzpunkt für die Reaktualisierung biologistischer Vorurteile.

Der Spott der Rechten – ich denke nur an die beifallheischende Geste des Bundeskanzlerkandidaten, wenn er die Phase sozialliberaler Reformen mit ihrem Versuch zur Herstellung wenigstens von Chancengleichheit und ihrem Versuch zur Förderung der Arbeiterkinder und ihrer Forderung nach gesellschaftlicher Demokratisierung als „visionäre Phase“ lächerlich zu machen sucht – über das Ansinnen zur Herstellung menschlicher Gleichheit als Entfaltung von Fähigkeiten macht noch einmal deutlich: Barbarischer Springpunkt der reifen kapitalistischen Verhältnisse ist in der Tat das entwickelte System der Arbeitsaufteilung und Herrschaft mit der Herstellung enorm ungleicher Individuen bezogen auf die Arbeitsarten. Antiutopie heißt heute nicht mehr einfach: Ihr sollt die Hoffnung aufgeben, satt zu werden, sondern: ihr sollt die Hoffnung aufgeben, diese verankerte Ungleichheit aufzuheben. Denn: ihre Aufrechterhaltung ist die Bedingung eures Sattwerdens, ja – drohend mit der durch mangelnde Elitebildung nicht mehr aufhaltbaren ökologischen Katastrophe – mit eurem Überleben. Gleichzeitig seien alle Versuche *gesellschaftlicher* Demokratisierung, die ja von der Fähigkeit der Individuen zum begründeten Urteil in den Angelegenheiten der Arbeit und des Lernens ausgehen, gefährdend für die Effektivität gesellschaftlicher Organisation. Der Sachverstand der Elite sei allein in der Lage, die komplexen Begriffe zu begreifen. Der Versuch einer gesellschaftlichen Demokratisierung führe zum Chaos (35). Das vorhandene politische System wird als einzig demokratisches behauptet. „Die Definition der Interessen des Arbeiters, des Arztes, des Bauern, des Ingenieurs oder anderer gesellschaftlicher Gruppen ist also nur als Integration unterschiedlicher Interessenlagen denkbar.“ (36) Womit nichts anderes



gesagt wird, als daß das politische System des Pluralismus eine unmittelbare Reflexion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sei. Von hier aus fügt sich der konsequent antidemokratische Zusammenhang: „Aus der Anerkennung der individuellen Freiheit als letzter Norm des Pluralismus, die notfalls auch mit physischer Gewalt geschützt werden muß, folgt wegen der weitgehend genetisch bedingten Verschiedenheit der Talente und der mit der Arbeitsteilung verbundenen Vielfalt der Interessen und Werte, daß die Norm der Gleichheit nur im Sinne der Chancengleichheit ... Gültigkeit haben kann.“ (37) Mit Chancengleichheit ist hier allenfalls das gemeint, was Hans Moor unter Eliteauslese versteht. Oder anders gesagt, die Reduktion von Demokratie auf politische Demokratie ankere in der natürlichen Ungleichheit der Menschen, und jeder Versuch zur Demokratisierung auch der Gesellschaft sei freiheitsgefährdend, weil Entscheidungsfreiheiten der natürlichen Elite einschränkend, deshalb mit allen Mitteln der wehrhaften Demokratie zu bekämpfen. Oder anders gesagt, der „starke liberale Staat“ hat im wesentlichen nur die Funktion, das System gesellschaftlicher Ungleichheit und Herrschaft zu stabilisieren.

### II. 3. „Ich bin kein Träumer und Utopiker“ (Strauß)

Die Kritik der bürgerlichen Leistungsideologie, die seit der Studentenbewegung gerade von Seiten der Jugendlichen in vielfältigsten und auch wiederholt neuen – sei es aktiv politischen, sei es passiven Formen vorgetragen wird, richtet sich zum einen gegen das vorhandene System gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Hierarchie, zum anderen gegen die Reduktion des Arbeitszwecks auf die Maximierung von Einkommen und Karriere. Der Theoretiker Bahro hatte nicht zuletzt deshalb in der Bundesrepublik einen solchen Erfolg, weil er zentral diese beiden Momente angreift. Nach der von der politischen Rechten vermittelten Ideologie ist ein wertvolles Gesellschaftsmitglied nur der, der sich anstrengt. Je mehr er sich anstrengt, je mehr er leistet, je mehr er seinen Protest gegen nicht erträgliche Arbeitsbedingungen verdrängt, je mehr er bringt, desto besser sind die Chancen, den Arbeitsplatz zu erhalten, desto besser läuft die Gesamtwirtschaft, desto besser wird er bezahlt, desto besser sind seine Aufstiegsaussichten, desto besser kann er durch Statussymbole des Konsums seine Achtung in der Gesellschaft erkaufen. Und darin liegt dann das einzige Glücksversprechen: Die „Bedürfnisse sind unendlich“. Diese Grundannahme der bürgerlichen Ökonomie, die den unbegrenzten Verwertungs- und Vermehrungstrieb des Kapitals in der menschlichen Bedürfnisstruktur als Naturgesetz verankert wissen möchte, entpuppt sich zunehmend als Grundlage gegenwärtiger Antiutopie. Glück soll nur im Besitz und Mehrbesitz von Konsumgütern möglich sein. Mit dieser Vorstellung soll die kapitalistische Gesellschaft für ewig erklärt werden. So kommentiert Rolf Zundel in der ZEIT (20. 7. 1979): „Die Grenzerfahrungen der wissenschaftlich-technischen Gesellschaft“ rücken „bei der heutigen politischen Rechten“ kaum ins Blickfeld, es sei denn „als machtbezogene Rohstoffpolitik wie bei Strauß“. Und die FAZ kommentiert eine Aufsatzsammlung, herausgegeben von dem Konservativen Kaltenbrunner (30. 4. 1974): „Die Idee, daß konservative Politik nicht unbedingt

Festhalten am ‚Status quo‘ sein muß, der identifiziert werden kann mit rechnerischem Fortschritt – also mit etwas Unkonservativem – taucht nicht auf. An was soll denn festgehalten werden? Was soll denn bewahrt werden? Die Konstanz der Dynamik?“

Das rückhaltlose Plädoyer für den weiteren Ausbau der Atomindustrie setzt ebenfalls hier an. Das individuelle Konsumtionsniveau, vor allem aber die Arbeitsplätze seien auf diese Weise allein zu erhalten: Natürlich mit dazwischen geschalteten „Opfern“. Phasen hoher Arbeitslosigkeit und Senkung des Konsumtionsniveaus seien womöglich notwendig, um eine den neuesten technischen Erfordernissen angemessene Umstrukturierung der Industrie auf der Basis des Profits zu ermöglichen. Aber dann würde die Wirtschaft schon wieder funktionieren.

Für ewig soll die Arbeit nur ein Mittel sein, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Und weil die Arbeit Negation von Glück und menschlicher Tätigkeit darstellt, Unterdrückung impliziert, soll im Haß auf die Faulen, diejenigen, die keine Leistungsmoral haben, das aufgestaute Potential von Destruktion politisch zur Festschreibung des Bestehenden manipuliert werden: gegen jede Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und Arbeitserleichterung. Aggressionen gegen angebliche Nichtstuer schürend soll dem „kleinen Mann“ (Strauß) sein eigenes Bedürfnis nach sozialer Sicherheit, nach Freiheit von Angst und nach Entfaltung seiner Fähigkeiten entfremdet werden. Die Identität seiner Interessen mit denen der Profitmacherei wird im angeblich für alle geltenden Leistungsprinzip gesucht. Die Schuldigen für die ökonomische Krise sind dann immer diejenigen, die nicht genug arbeiten und diejenigen (natürlich die Gewerkschaften), die ohne entsprechende Vergrößerung der Arbeitsleistungen mehr wollen und der Sozialstaat, insofern er den Druck zur Leistung durch Sozialleistungen abmildert. Neid und Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppen und Schichten der Lohnabhängigen sollen geschürt und zum Vehikel der Wirksamkeit rechter Politik gemacht werden. Auf entpolitisiertes, ungesellschaftliches, unsolidarisches Bewußtsein wird heute gesetzt. Man kann das auch feiner ausdrücken: Eine „demokratisch geprägte Industriegesellschaft“ zeichnet sich u.a. durch „Konkurrenz zwischen den sozialen Schichten und das Freisein von Klassen- und Rassenhaß“ aus (38). Solidarität aus dem Bewußtsein der Gleichheit, weil gleichen Bettoffenheit von den Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise, wird als Klassenhaß denunziert und soll es demgemäß nicht mehr geben. Allenfalls als persönliches Mitleid, worin die Würde des anderen verletzt wird. Der Bettler ist eben nicht mehr gottgewollt und gottgegeben und hat als solcher ein menschliches Gesicht, sondern er ist Versager, und der, der ihm hilft, hilft von oben unter Einschluß menschlicher Verachtung.

Die Hoffnungen auf Veränderung werden selbst noch einmal als faschismusverdächtig eingestuft. Die „Gefährdungen der parlamentarischen Demokratie im Zustand einer industriegesellschaftlichen Strukturierung liegen vornehmlich in der sozialen Desintegration, in der unrealistischen Verheißung emanzipatorischer Befreiung, in dem Verlust industriegesellschaftlicher Rationalität, in der Unfähigkeit, in modernen, technischen oder volkswirtschaftlichen – kausalen Zusammenhängen denken zu können.“ (39) Und um den Wunsch nach Veränderung zu denunzieren,

wird auch zu dem tradierten Mittel, gegen bestimmte Gruppen zu mobilisieren, gegriffen. Die politische Rechte kann sich nicht allein auf die ideologische Figur des „freien Bürgers“, des interessierten Privatindividuums beschränken. Zwar werden keine die egoistischen Interessen überschreitenden Wertinhalte mehr gepredigt, wie dies in der Demagogie des Faschismus üblich war (Volk, Nation, Volksgemeinschaft). Es werden von vielen geteilte Werte propagiert, Fleiß ... etc., aber die Wertinhalte bleiben auf die Propagierung des leistungsbewußten egoistischen Menschen reduziert. Jedoch braucht man nach wie vor gemeinsame Feinde: Die Ausländer, die den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen und die ja auch andere fremde kulturelle Normen haben; die Intellektuellen, die machtsüchtig seien, gefährliche Utopien verbreiteten und gleichzeitig schmarotzten. Gerade bei diesem Feindbild des linken Intellektuellen ergeben sich durchaus Parallelen zum faschistischen Feindbild: der Jude war intellektueller Verführer des Proletariats, indem er die marxistische Theorie erfand und damit den Arbeiter dem nationalen Volksbewußtsein entfremdete. Und er war zugleich Schmarotzer. Schließlich sollte die Anprangerung der Juden als Repräsentanten des Geldkapitals als „arbeitslosen Einkommens“, gleichzeitig alle Hoffnungen der Arbeiterbewegung auf besseres Leben und weniger Arbeitszeit denunzieren. Die Frauen werden angegriffen, die sich emanzipieren wollen, statt ihren Kindern in einer angeblich intakten Familie Leistungsbewußtsein zu vermitteln. Je nach der Situation gerät die eine oder andere Gruppe ins Hauptschußfeld. Gegenwärtig sind es die Frauen. Es ist kein Zufall, daß sich in der katholischen Kirche kräftig Stimmen zu Wort melden, die die Hoffnung der Frauen auf Emanzipation, deren einer Teil die Paragraph 218-Kampagne war und ist, mit dem Vorwurf des Massenmords belegen. Wie bei den linken Intellektuellen, die insgesamt zu RAF-Sympathisanten erklärt wurden, wird hier der Wunsch auf Befreiung des Mords als Konsequenz verdächtigt. Bei der Konstruktion der Feindbilder wird zum Teil durchaus entlang der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (Frauen, Ausländer) in alter Manier an biologistische Vorurteile angeknüpft.

Aggressiv antiutopisch wird heute der Mythos der Leistungsgesellschaft gegen jede Hoffnung auf Emanzipation, auf Befreiung von Herrschaft und selbstzerstörender Arbeit, auf menschliches Glück jenseits des Besitzes von Konsumgütern gesetzt. Jeder Zweifel daran, daß dies das ganze Leben sei, das Wünschen über die Gegenwart hinaus, soll wegdenunziert werden.

### **III. Sozialstaatskritik von seiten der Alternativbewegung**

#### *III. 1. Alternativbewegung und tradierte Arbeiterbewegung*

Um an den Ausgangspunkt zurückzukehren: Sozialstaat und selbst auch Gewerkschaften sind oberflächlich gesehen in gleicher Weise Gegenstand der Kritik von Seiten der Alternativbewegung und der politischen Rechten. Wo liegen die Unterschiede, wenn Selbsthilfe gegen Sozialstaatsbürokratie gesetzt wird, wenn der Fürsorgestaat kritisiert, seine Institutionen insgesamt abgelehnt werden? Wo liegen die

Schwächen der Alternativbewegung in ihrer Kritik am Sozialstaat, wo ihre berechtigten Momente? Dazu eine Ausgangsthese: Während die politische Rechte den Einfluß, den die Arbeiterbewegung auf die Ausgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft genommen hat, zurückschrauben möchte, kritisiert die Alternativbewegung die vorhandene *Vergesellschaftungsform* und zwar in einer historischen Situation, wo diese Kritik von der tradierten Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik zum Teil nicht mehr geleistet wird. Und davon ist die Alternativbewegung geprägt.

Es ist kein Zufall, daß in Ländern mit antikapitalistischen Massenparteien (Frankreich, vor allem Italien) und mit umfassenden sozialen Kämpfen der Arbeiterschaft die Alternativbewegung geringeres Gewicht hat oder sich wesentlich auf Ökologiefragen beschränkt. Die französische Linke führte den vergangenen Wahlkampf unter dem Slogan: Selbstverwaltung. Die italienische Arbeiterbewegung hat in den Delegiertenräten der Fabriken und ansatzweise in kommunalen Räten, in Räten von Arbeitslosen, Organisationsformen hervorgebracht, welche die kapitalistische Form der Vergesellschaftung unter Integration der Lohnabhängigen, nämlich Konkurrenz und Sozialstaat als kompensatorische Institution für die angerichteten Schäden, praktisch kritisieren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die breite Diskussion einer alternativen Gesundheitspolitik, in welcher die Arbeitenden die schädigenden Wirkungen der Arbeits- und Produktionsbedingungen auf Fabrikebene durch Selbstorganisation und öffentliche Diskussion angehen, in welcher Arbeitsmedizin als abgelöste Wissenschaft, an der die Betroffenen keinen Anteil haben, kritisiert wird, fehlt als irgend relevanter Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik. Eine breite Diskussion darüber, wie man Gesundheitsschädigungen unmittelbar im Produktionsprozeß durch Organisation der Betroffenen angehen könne, hat es bei uns nicht gegeben. Insofern ist es auch kein Zufall, daß die Linke in der Bundesrepublik immer wieder nach Italien hinsah, nicht, weil da der Kapitalismus reifer, sondern in der Tat deshalb, weil die Arbeiterbewegung dort der Reife des Kapitalismus entsprechende neue Ziele und Organisationsformen gefunden hatte, wenigstens für einen historischen Augenblick.

Daß die Entwicklung der Individuen, die Entwicklung *ihrer Fähigkeit solidarisch zu handeln*, sich gegen hierarchisch arbeitsteilige, bürokratisch organisierte und durch Wissenschaft verfestigte Strukturen ihre eigene und gleichzeitig gemeinsam solidarische Handlungskompetenz wieder anzueignen, die Entwicklung tätiger Menschlichkeit etwas mit Sozialismus zu tun habe, dies gerät leider bei uns häufig aus dem Blickfeld. Und wo das Problem offensichtlich wird, z. B. als Krise der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, wird es als spezielles Jugendproblem eingegrenzt und damit verdrängt. Ein Begriff von Sozialismus und Solidarität, welcher die auf Grund historischer Bedingungen in der Bundesrepublik zunächst primär bei den Jugendlichen entwickelten Hoffnungen auf bessere Möglichkeiten zu leben und zu arbeiten nicht ernsthaft aufnimmt, bestätigt der Alternativbewegung nur darin, daß sie eben zwar eine Alternative sei, aber bei Gott nichts mit der Frage Kapitalismus oder Sozialismus zu tun habe.

Und darin liegen m. E. wiederum die Bornierungen der Alternativbewegung – den Begriff mit allen denkbaren Fragezeichen versehen, insofern sich unter ihm

ja sehr Unterschiedliches zusammenfaßt – begründet. Die Kritik am Bestehenden, welche die politische Rechte als Negation staatlicher Verantwortlichkeit u. a. für die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit reflektiert, als Kritik des steuererhebenden und umverteilenden Staates, reflektiert die Alternativbewegung im Autonomiepostulat. Die Ablehnung vorhandener Vergesellschaftungsformen wird praktisch in der Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Vergesellschaftungsformen, die über übersichtliche, durch personale Beziehungen geprägte Gruppen hinausgehen. Die Zersetzung bewußter, die Individuen einschließender Formen sozialen Zusammenhangs, wie sie sich noch in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik finden, wird noch einmal bestätigt, indem solche die kleine Gruppe übergreifenden sozialen Zusammenhänge überhaupt als fragwürdig und bürokratieverdächtig erscheinen und denunziert werden. Anders gesagt, politische Rechte und Alternativbewegung verhalten sich gewisserweise spiegelbildlich. Der Anti,kollektivismus‘ nimmt in beiden unterschiedliche Züge an, ohne daß die Alternativbewegung als praktische eine *positive* Aufhebung in Aussicht stellt.

Wie sieht nun die Kritik von Bürokratisierung und Wohlfahrtsstaat, wo sie sich theoretisch auf den Begriff zu bringen sucht, aus?

### *III. 2. Autonomie gegen den Sozialstaat*

„Die Institutionen der Mega-Maschine zerstören und ersetzen die sozialen Lebensgemeinschaften. Das Funktionale tritt an die Stelle des Personalen ... Menschliche Beziehungen verwandeln sich in nur noch instrumentelle Produktionsverhältnisse ... Vom Geborenwerden bis zum Begrabenwerden wird buchstäblich jede Lebensbetätigung von irgendeiner Institution professionell vermarktet. Das big business setzt an die Stelle von wirtschaftlicher Selbständigkeit und teilweiser Selbstversorgung eine immer totalere Versorgungsabhängigkeit von Gütern und Dienstleistungen der großen Institutionen. An die Stelle von Selbstentscheidung und Eigenverantwortlichkeit tritt eine erneute Hilflosigkeit mechanisch austauschbarer Figuren. Der Wohlfahrtsstaat setzt anstelle sozialer Selbsthilfe eine lebenslängliche ‚Behandlung‘ durch die Institutionen des Nachrichten-Erziehungs-Gesundheits-Sozial-Verwaltungs-Polizei- und Regierungswesens. Big brother wird immer allgegenwärtiger ... Aber die Gegenwart hat auch ihre oppositionellen Tendenzen: die Träume der Arbeiterbewegung, des Anarchismus und des Sozialismus, die antiautoritäre Bewegung, die anti-paternalistische Frauenbewegung und die Ökologiebewegung. Ob der Sozial-Polizeistaat Zukunft hat, hängt ab von ihrem Schicksal und dem Schicksal der sie leitenden Utopien.“ (40)

Nun soll nicht behauptet werden, daß dies der einzig mögliche Begriff ist, auf den sich die Bewegung zu bringen vermag. Immerhin, einiges ist aussagekräftig. Kennzeichnend ist der unanalytische, soziale Phänomene allein der Form nach bezeichnende Begriff „Institutionen der Mega-Maschine“, unter welchem in folgenden sowohl die profitorientierte Vermarktung und Deformierung aber auch jeglichen menschlichen Bedürfnisses ebenso subsumiert wird wie die Einrichtungen des Sozial-

staats. Der Gegensatz wird als solcher zwischen Institutionen überhaupt und Selbsttätigkeit konstruiert. Der Begriff vom Sozial-Polizeistaat differenziert selbst nicht mehr zwischen den eh und je vorhandenen Funktionen des Staatsapparats als Gewaltapparat zur Befestigung kapitalistischer Herrschaft und den Funktionen, welche dem Staat im Zusammenhang der Arbeiterkämpfe zugewachsen sind, um die Anarchie der Konkurrenz als blindem und die Lohnabhängigen ohnmächtig der Kapitalbewegung ausliefernden Mechanismus einzudämmen, die „Ökonomie“ der Arbeitenden gegen die des Kapitals zu setzen. Die Institution der Arbeitslosenversicherung oder des Jugendschutzgesetzes kann so in gleicher Reihe mit der Jugenderziehungsanstalt oder der Ausländerpolizei assoziiert werden. Der pauschale Rundschlag ist trotzdem nicht einfach theoretisch falsches Konstrukt bzw. erschöpft sich nicht darin, sondern reflektiert Erfahrungen derjenigen, die einen Teil der Alternativbewegung ausmachen.

Zum Beispiel Frauenhäuser: Von der Frauenbewegung eingerichtet, den Frauen eine Zufluchtsmöglichkeit vor der Gewalttätigkeit ihrer Männer zu ermöglichen. Zunächst werden sie angesichts des Bewußtwerdens des gesellschaftlichen Skandals ohne Auflagen von sozialdemokratischen Kommunen unterstützt. Dann versucht man die Unterstützung zu binden an die Regeln des Bundessozialhilfegesetzes, die Bedingungen enthalten, welche den Zielsetzungen der Einrichtung entgegenstehen: Beschränkung der Aufenthaltsdauer und der Belegzahl, Einstellung von Fachkräften, Aufteilung von Zuständigkeiten, berufstätige Frauen werden über die Pflegesätze zu Sozialhilfeempfängerinnen gemacht (41).

Dagegen sollte den Frauen in den Frauenhäusern „unbürokratische Hilfe“ gewährt werden, „Schutz in akuten Notsituationen“, auch wenn das Haus eigentlich schon voll ist. Überfüllung sei hinzunehmen, solange nicht genügend Plätze in Frauenhäusern zur Verfügung ständen. Die Frauen sollen, nachdem sie „oft jahrelang Mißhandlungen und Bedrohungen ausgeliefert waren und die Gesellschaft diese Tatsache totgeschwiegen“ hat, nun selbst entscheiden, „wann sie die Folgen halbwegs aufgearbeitet haben und ein neues Leben anfangen wollen.“ „Andernfalls werden sie erneut für unmündig erklärt.“ „Zur Frage der Fachkräfte können wir sagen, daß wir als Frauen aktiv werden und daß diese Arbeit auch von Frauen geleistet werden kann, die selber einmal im Frauenhaus waren und von daher über eigene Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen: Wir lehnen Spezialistentum ab und wollen für alle die gleiche Bezahlung. Außerdem wollen wir darüber entscheiden, wer bei uns arbeitet und wollen uns keine Fachfrauen ins Haus setzen lassen.“ Die genannten Auflagen des Bundessozialhilfegesetzes werden in dem Begriff „staatlich-bürokratische Interessen“ zusammengefaßt.

Nun könnte man fragen: Ist es nicht staatliche Fürsorgepflicht, von der ‚Allgemeinheit‘ unterstützte Heime zu kontrollieren, ob die dort gegebenen Lebensbedingungen auch erträglich sind (Belegzahl), nicht unnötig Steuergelder in Anspruch genommen werden (Belegdauer), fachlich qualifizierte Sozialarbeiter tätig werden statt, wie ja häufig schon geschehen, menschlich rohe und deformierte Personen, die ihre Herrschaftsposition zur Unterdrückung und Schikane der ihnen Ausgelieferten ausnutzen. Die pauschale Ablehnung jeder öffentlichen Kontrolle mit dem Begriff

der „bürokratischen Interessen“ vergißt, was in der Bundesrepublik in der freien Wohlfahrtspflege immerhin alles möglich ist. So berichtet „Die Neue“ vom 16. 10. 1979: „Mitten in Köln wird ein privates ‚Altenpflegeheim‘ wie ein KZ geführt ... Aufmüpfiges Personal wird schnellstens entlassen ... Neun tote Patienten allein in den letzten 5 Monaten ...“ Im folgenden wird über die grausamen Methoden der Pflege gegenüber den Patienten berichtet. Zum Abschluß heißt es dann allerdings, „das Besonderezentrum für LHK-Patienten des SSK hat den Fall bereits vor längerer Zeit beim Landschaftsverband und beim Kölner Sozialamt angezeigt: Nichts!“

Hat die steuerzahlende „Allgemeinheit“ nicht ein Recht und den Betroffenen gegenüber nicht auch die Pflicht zur Kontrolle? Was soll dann die Rede von den „staatlich-bürokratischen Interessen“? Einem solchen Anspruch steht im Bewußtsein derjenigen, die alternative Formen von Sozialarbeit versuchen, zunächst entgegen, daß sich kaum jemand über Verhältnisse aufregt, wo Frauen und Kinder geschlagen werden, Menschen unfähig zur Menschenwürde gemacht, in psychiatrische Anstalten, Erziehungsheime, Fürsorgeanstalten abgeschoben werden, die als Institutionen mit den ihnen innewohnenden Mechanismen noch einmal die gesellschaftlich produzierte Ohnmacht der einzelnen, ihre Unfähigkeit zu menschenwürdigem Leben, befestigen und der Gesellschaft insgesamt durch Ghettoisierung der Geschädigten ein gutes Gewissen über ihre eigenen Verhältnisse verschaffen.

### *III. 3. Alternative Sozialpolitik mit dem Sozialstaat*

Im Buch „Das Rote Bologna“ von Jaeggi/Müller/Schmidt wird über Experimente einer nicht autonomistischen, aber trotzdem ‚alternativen‘ Sozialpolitik am Beispiel des Kinderheims Casaglia demonstriert, was gesellschaftliche Verantwortlichkeit ohne Bestätigung der Ohnmacht der Betroffenen heißen kann. Zunächst wurde der Versuch gemacht, die Institution eines Erziehungsheimes zu liberalisieren. „Die Heimkinder sollten z. B. ihre Freizeitbeschäftigung frei wählen können. Aber die Logik der Institution erwies sich als stärker. Wenn etwa eine Kindergruppe mit ihrem Erzieher beschloß, ins Kino zu gehen, dann setzte das Heim als Organisationsstruktur diesem Beschluß eine ganze Reihe von pädagogisch nicht auswertbaren Hindernissen in den Weg; d. h. Schwierigkeiten, die nicht die Kinder, sondern nur die Erwachsenen lösen konnten, soweit sie dazu gewillt waren: Bei der Gemeindeverwaltung ein Auto oder einen Fahrer organisieren, das Geld für die Eintrittskarten zu besorgen. Und – was in einem Institut, in dem die Angestellten das Recht auf geregelte Arbeitszeit haben, am schwierigsten ist: Das Nachessen um eine Stunde oder zwei zu verschieben ... Die Logik der Institution blockierte die Änderungsbemühungen der Angestellten.“ Aufgrund dieser Erfahrungen wird das Heim aufgelöst, die Betreuer ziehen mit den Kindern in Wohngruppen in die Viertel, woher die Kinder stammen, es wird versucht, durch Hilfe für die Familien und Entwicklung des Selbstbewußtseins der Kinder diese wieder in die Familien zu integrieren. Die Stadtverwaltung veranlaßt die Schulen, die Kinder in normale Klassen zu integrieren (42). Und was die Kosten einer solchen Sozialpolitik angeht: „Experten sind überzeugt, daß

eine Rechnung, die alle sozialen Kosten fehlender Prävention einschließen würde (etwa durch Kriminalität), wohl kaum zuungunsten einer gut ausgebauten sozialen Vorbeugestructur sprechen würde.“

Diesem Beispiel liegt eine Konzeption von Sozialpolitik von seiten der Bologneser Stadtverwaltung zugrunde, die eine gesellschaftlich verantwortliche Antwort auf die mit dem Autonomiepostulat der Alternativbewegung zunächst konkret kritisierte, aber damit noch nicht gelöste Problematik traditioneller Sozialfürsorgemaßnahmen versucht. „Mit dem Sammelbegriff ( ... ) ‚handicappiti‘ umschreiben die Sozialpolitiker Bolognas alle Schwachen und Ausgeschlossenen, die über den Prozeß der Ent-Institutionalisierung in die Gesellschaft integriert werden sollen ... Die Gesellschaft, so finden die Bologneser Sozialarbeiter, soll sich mit dem auseinandersetzen, was sie hervorbringt. Isolierung der Benachteiligten ist unmenschlich, für Betroffene und Betreuer ... Nur die Integration der Randfiguren kann zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewußtwerdung sozialer Probleme führen und damit den Weg für präventive Maßnahmen ebnen... Bolognas Sozialpolitiker wollen das Ghetto bürgerlicher Wohlfahrt abschaffen.“ (43)

Der Sozialfürsorgestaat mit seinen ghettoisierenden Institutionen reagiert demgegenüber in der Tat rein kompensatorisch-systemstabilisierend auf die von der Gesellschaft erzeugten Widersprüche und ihre Opfer. Eine sozialistische Alternative zu dieser Politik kann weder auf die Hoffnung bauen, Verelendung zwingt gewissermaßen Veränderungswillen hervor – solche Vorstellungen widersprechen historischen Erfahrungen ebenso wie jeder Gegenwartsanalyse über die Folgen etwa von Arbeitslosigkeit; sie kann auch nicht die Politik des „Selbermachens“, der Autonomie um jeden Preis, als Lösungsstrategie anbieten. Gegenüber solchen Vorstellungen bildet die an einem Beispiel dargestellte Politik der Bologneser Kommune eine konkrete Alternative: Sozialpolitik, welche die menschliche Würde jedes einzelnen zum Ziel hat und welche sich gleichzeitig als Element gesamtgesellschaftlicher Bewußtwerdungsprozesse begreift und insofern bewegendes Element sozialer Veränderung ist. Dies kann auch noch einmal in Konfrontation zu dem Vorschlag, welcher von konservativer Seite in Großbritannien vorgelegt wurde, deutlich werden: danach sollen für ‚auffällig‘ gewordene jugendliche Arbeitslose Erziehungslager in der Nähe von Arbeiterwohnvierteln errichtet werden, in denen Zucht und Ordnung in der Weise praktiziert werden sollen, daß keiner, der je da war, dorthin wieder zurück möchte: Ein Vorschlag, der in der Konsequenz der Sozialstaatskritik von rechts auch in der BRD liegt: Die Elenden sollen für ihr Elend bestraft werden, da sie ja selbst dran schuld seien und das Ganze soll noch möglichst billig sein. Die ‚Gesellschaft‘ lehnt jede Verantwortung ab.

Die verdeutlichende konkrete Realität ließe sich vielfältig verlängern. Doch die Einzelfälle zeigen die Struktur dessen, was mit der Kritik des Sozialfürsorgestaates von Rechts und von Links gemeint ist. Und das Beispiel Bologna zeigt auch, in welche Richtung Sozialpolitik sich entwickeln kann, die gesellschaftliche Verantwortlichkeit als Solidarität praktiziert und nicht als Verdrängung, Ausgrenzung, Kompensation der durch die kapitalistische Gesellschaft erzeugten Widersprüche und ihrer Opfer. Gefängnisse, psychiatrische Anstalten, Erziehungshome, aber auch die Zu-



nahme der Sonderschulklassen – all diese Institutionen des „Sozialfürsorgestaates“ stehen ihrer inneren Struktur und ihrer Beziehung zur Gesamtgesellschaft nach in der Tat für eine Sozialpolitik, die durch gewisse Geldleistungen denjenigen, die es geschafft haben, die Opfer der herrschenden gesellschaftlichen Entwicklungsprinzipien vom Hals hält bzw. zu halten versucht: Genau der Prinzipien, die von der politischen Rechten als „Freiheit des Bürgers“ noch einmal auf den Sockel gehoben werden sollen: der asozialen Rücksichtslosigkeit der Konkurrenz, des Prinzips der individuellen Leistung, der „freien“ Beweglichkeit der Individuen innerhalb der Konkurrenz. Und je mehr Opfer diese gesellschaftlichen Entwicklungsprinzipien fordern, man denke nur an die Zunahme des Alkoholismus und der Resignation bei den Jugendlichen und an das zunehmend vorzeitige Ausscheiden alter Menschen aus dem Produktionsprozeß, ohne daß gleichzeitig das Prinzip der Lösung dieser Probleme in Form kompensatorischer, die Opfer ghettoisierender Sozialpolitik in Frage gestellt wird, je stärker wird die Möglichkeit der Rechten, die zunehmenden Kosten als demagogisches Spielmaterial gegen den Sozialstaat wenden zu können und auf gewalttätig-polizeiliche Lösungen der Probleme zum Zwecke der Entlastung der „Allgemeinheit“ von entsprechenden Steuerabgaben zu drängen. Denn die existierenden institutionellen Formen von Sozialfürsorge halten die Vorstellung aufrecht, es handle sich um das Versagen von Individuen und nicht um das der Gesellschaft. Sie demonstrieren nicht die Notwendigkeit der progressiven Veränderung der gesellschaftlichen Entwicklungsprinzipien.

Oder um es noch einmal anders zu sagen: Wenn zum Beispiel in der Frauenbewegung Autonomie, Selbstverwaltung eingefordert, staatliche Kontrolle abgelehnt, trotzdem gesellschaftliche Verantwortung angemahnt wird, indem von den Kommunen die materielle Unterstützung der autonom geführten Frauenhäuser verlangt wird, so ist dies auf keinen Fall vergleichbar mit der Kritik des Sozialstaats von Rechts. Schließlich handelt es sich nicht um eine „Reprivatisierung“ der Risiken. Sondern um eine Vorstellung von menschlicher Würde und Verantwortlichkeit der einzelnen von Solidarität und Gleichheit und von gesellschaftlicher Verantwortung. Alle sollen alle anfallenden Tätigkeiten tun können und die gleiche Bezahlung bekommen. Die Frauen sollen selber über ihr Schicksal entscheiden können. Demgegenüber beruht gerade die Ideologie der politischen Rechten auf dem fanatischen Festhalten an menschlicher Ungleichheit als einer Naturkonstante und steht damit immer potentiell in der Nähe biologistisch bis rassistischer Geschichtserklärungsmuster. Das Manko der Konzeption liegt darin, daß im Autonomiepostulat gesellschaftliche Verantwortung allein als materielle Unterstützung, als Geldleistung eines ansonsten gleichgültigen Gemeinwesens eingefordert wird. Damit sind aber wiederum Dimensionen gesamtgesellschaftlicher Veränderung gekappt.

### *III. 4. Die Dimension des Wünschens als Kritik*

Es sollte zu denken geben, daß die Normen menschlicher Beziehungen, die spiegelbildlich im Gegensatz zu denen der politischen Rechten stehen, gegenwärtig weni-

ger von Gewerkschaften und SPD als – wenn auch zum Teil die eigene Ohnmacht spiegelnd – von der Alternativbewegung formuliert werden. Die Menschen sollen gleiche Möglichkeiten nicht nur der Entwicklung ihrer Fähigkeiten in der Schule, sondern auch deren Anwendung und Weiterentwicklung in der Arbeit haben. Man versucht dies durch Schaffung eigener Arbeitszusammenhänge und Realisierung der Gleichheit durch Rotation von Tätigkeiten innerhalb derselben herzustellen. Den Opfern der Leistungsgesellschaft gebührt nicht nur eine materielle Existenzsicherung, sondern gleichermaßen praktizierte Solidarität. Sie sind nicht Versager, sondern in ihnen reflektiert sich das Elend der Gesellschaft. Sie sollen zur Selbsthilfe befähigt und nicht noch einmal als Objekte verwaltet werden. Die Negation der Arbeit als menschliche Tätigkeit, die Reduktion menschlicher Freiheit auf die Sphäre der Konsumtion gilt es zu beseitigen: Man versucht in den Nischen der kapitalistischen Produktion sich arbeitend selbstverwaltend anzusiedeln und dabei eine andere Vorstellung von Arbeit zu entwickeln und zu praktizieren.

Die freie Zeit ist der Möglichkeit nach ‚Reich der Freiheit‘, der Entfaltung und Selbstverwirklichung der Individuen, nicht gegen oder gleichgültig gegen andere, sondern gerade mit anderen. In ihr sollen die Individuen nicht wieder bloßes Objekt einer profitorientierten Vermarktung von Bedürfnissen sein: Man entwickelt eine Gegenkultur, fragt sich nach Möglichkeiten eines alternativen Tourismus, sucht dieses Feld, zunächst wenigstens für sich selbst, dem Kapital zu entziehen. Kapitalwachstum um des Kapitalwachstums willen bedeutet nicht einfach Fortschritt: Da man sich den vorhandenen Reichtum nicht gesellschaftlich aneignen kann, sondern aus der Situation heraus eine normative Kritik, die kaum gesellschaftliche Machtinstrumente entwickelt hat, praktiziert, formuliert man die Kritik im demonstrativ ärmlichen Leben und nimmt Über-Arbeit in Kauf, um zu zeigen, daß es auch ohne geht. Die Formen, in denen die Kritik praktiziert wird, reflektieren selbst noch, daß es eben nicht die herrschende Kritik der herrschenden Verhältnisse ist.

Die Unglaubwürdigkeit alternativer Versuche „zu leben und zu arbeiten“ für diejenigen, die an der traditionellen Arbeiterbewegung orientiert sind, hat allerdings ihre materielle Grundlage. Solche alternativen Lebensformen siedeln sich in Nischen des Systems an, in Winkeln der Marktwirtschaft, an Punkten, wo das staatliche Sozialfürsorgesystem offensichtlich versagt und wo das schlechte Gewissen der Kommunen über dieses Versagen materielle Unterstützung für neue Versuche gewährt. ABM-Gelder, Subventionen für kleine Betriebe, das Gesamt-Gestrüpp staatlicher Subventionspolitik wird durchforstet, um Lebensmöglichkeiten zu finden. Ein Teil derjenigen, die an einem Projekt arbeiten, beziehen Arbeitslosenunterstützung oder werden aus ABM-Geldern bezahlt, man nimmt in der Rechtsform „freier Wohlfahrtsverbände“, die von der Katholischen Kirche im wesentlichen durchgesetzt wurde, das Subsidiaritätsprinzip in Anspruch und im äußersten Notfall hilft das ‚Netzwerk‘. Sicherlich gibt es auch „sich selbst tragende Projekte“ im Bereich handwerklicher Produktion, aber im wesentlichen tragen sich die Projekte eben doch nicht selbst und können es auch nicht. Zudem findet sich häufig auch unmittelbare materielle Existenznot bei minimalem Einkommen und natürlich auch Überarbeit.

Es handelt sich also im wesentlichen um moralische, ideelle Negationen der

vorhandenen Vergesellschaftungsform, so praktisch die Projekte auch sein mögen. Oder noch deutlicher gesagt: Ohne daß in die Arbeitslosenversicherung gezahlt würde von denen, die in der „Industriellen Mega-Maschine“ arbeiten, könnten auch keine ABM-bezahlten Projekte organisiert werden. Es kann sich eben nicht jeder den entstehenden Zügen der Konkurrenz einfach als einzelner oder als kleine Gruppe entziehen.

Natürlich ist allen bewußt: Die linken Schreinereien, Alternativläden, Tagesstätten etc. würden sich schnell zu Tode konkurrieren, wenn sie von viel mehr Leuten als Ausweg zur Veränderung ihrer Lebenspraxis versucht würden. Was solche Versuche, alternativ zu leben und zu arbeiten, gesellschaftlich relevant macht, ist, daß sie die Dimension des Leidens unter gegebenen Verhältnissen offenlegen, daß sie die Dimension des Wünschens anderer Verhältnisse unter den Menschen offenhalten, das „Prinzip Hoffnung“. Ist es doch der eingefahrene Mechanismus der Machtauswechslung, der heute in den Gewerkschaften gerade diese Dimension des Wünschens als produktive Kraft verschüttet: Weil die Kollegen das Vertrauen in die Organisation verlören, die Organisation gegenüber dem Gegner geschwächt würde, sei es gewerkschaftsschädigend, Forderungen zu stellen, die nicht durchgesetzt werden könnten: dies eine gängige Argumentation innerhalb der gewerkschaftlichen „Großorganisationen“.

Es ist nicht schwer, der Alternativbewegung mangelnde theoretische Differenzierung bis hin zur Theoriefeindlichkeit, Beschränkung auf die kleine Gruppe, Träume von menschlicher Geborgenheit in der kleinen Gruppe ohne Rücksicht auf das, was rundherum geschieht, vorzuwerfen. Andererseits ist aber auch zu fragen, wie weit diese Momente nicht umgekehrt den Zustand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften reflektieren.

#### **IV. Sozialdemokratie, Fortschritt und Sozialstaat (43a)**

##### *IV. 1. Technischer Fortschritt als automatischer Produzent von gesellschaftlichem Fortschritt*

In der Weimarer Republik wähten sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie an der Spitze des Fortschritts, wenn sie die Rationalisierung der Unternehmen als Bedingung der Verbesserung der Lebensbedingungen aller einforderten. Der faschistisch revoltierende Mittelstand mit seinen Träumen von der Auflösung der Warenhäuser, von einer klein dimensionierten Produktion konnte nur als Ausdruck reaktionären Bewußtseins einer Klasse gewertet werden, deren Untergang durch den historisch notwendigen Gang der Entwicklung der Produktivkräfte ebenso naturgesetzlich vorherbestimmt schien wie der Aufstieg der Arbeiterklasse. Diese begriff sich als Produzent und Repräsentant der entwickelten Produktivkräfte und ihre Organisationen begründeten darauf den Anspruch, Vertreter der fortschrittlichsten Klasse zu sein.

„Das ist das ökonomisch historische Fundament des Nationalsozialismus. Bürger, Bauern, Angestellte, seine Träger, sie sind nicht antikapitalistisch schlechthin,

sie sind nur gegen den Hochkapitalismus, gegen Bank- und Industriekapitalismus; sie wollen das Rad der spätkapitalistischen Entwicklung aufhalten ... sie sind *ökonomisch reaktionär* und daher sowohl gegen den Hochkapitalismus wie gegen den Marxismus.“ Man spürt „die prinzipielle Verwandtschaft der ökonomischen Organisation des Hochkapitalismus und des Sozialismus mehr oder weniger.“ (44)

Das naturgesetzliche Entwicklungsdenken, der „Ökonomismus“ und „Determinismus“ der alten Sozialdemokratie hatte in der Ausrichtung der Fortschrittshoffnung auf die Entwicklung der Produktivkräfte als Anwendung der Wissenschaft auf den Produktionsprozeß und als Resultat der eigenen Arbeit eine entscheidende Wurzel. Schließlich ist ein solcher Prozeß nicht einfach durch subjektiven Willen, durch Veränderung der Individuen, durch Kulturrevolution, durch soziale Bewußtseinsveränderungen oder irgendetwas dergleichen zu beschleunigen, allenfalls durch eine rationellere Gesamtorganisation mit dem Zweck rationellerer Verteilung zu Gunsten der Arbeiterschaft. Gewissermaßen konnte man abwarten, bis der Kapitalismus den Sozialismus bringen würde. „Fortschritt in der Entfaltung der Produktivkräfte ist dem Kapitalismus durch seine eigene Dynamik aufgezwungen.“ (Marcuse)

Leistete der Kapitalismus die Entwicklung der Produktivität und garantierte er dabei noch einigermaßen die Lebensbedingungen der Arbeitenden durch sozialdemokratische und gewerkschaftliche Einwirkung, so schien jede politische Anstrengung zu seiner Aufhebung eher subjektivistisches Abenteuerium. Kapitalkonzentration und Zentralisation und die ihr entsprechende technische Gestalt der Produktionsmittel wurde als sich herausbildende materielle Basis sozialistischer Planung betrachtet, alles andere erschien als ökonomisch reaktionär. Die diesen Formen entsprechenden Vergesellschaftungsformen hierarchischer Unternehmensorganisation und Arbeitsteilung blieben ebenfalls unkritisiert. Der technische Fortschritt und die ihn tragende Arbeit der Arbeiter sollte nicht nur Produzent des Reichtums, sondern auch des Sozialismus sein. Das Gleiche gilt für die DDR-Theorie nach 1945. In der Weimarer Republik findet diese Vorstellung etwa ihren Höhepunkt in der Stellung der Gewerkschaften zur Rationalisierung: „Ford gilt als derjenige, der schon innerhalb der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung die Wege weist, die gegangen werden müssen und auf denen eine gemeinwirtschaftlich organisierte erst aufbauen kann. Das technisch-wirtschaftliche Prinzip, was seinem Handeln zugrunde liegt, geht über die Wirtschaftsform hinaus, in der es entsteht.“ (45) Die „Entseelung“ der Arbeit selbst wurde als Naturnotwendigkeit betrachtet. „Die Verkürzung der Arbeitszeit ist das einzige Mittel, das schöpferischen Ersatz gibt für die wesenlos gewordene Arbeit.“ (46)

Indem die alte Hoffnung von der „Befreiung der Arbeit“ aufgegeben und das Reich der Freiheit in die Freizeit verlegt wurde, überließ man der Möglichkeit nach dem Kapitalismus zu definieren, was Freiheit und Bedürfnis sei: Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen, und die seien grundsätzlich unendlich, was gleichzeitig die Ewigkeit der kapitalistischen Produktion beweise und die Ewigkeit des Fluchs der Arbeit bestätige. Es ist wohl nicht ganz abwegig, den nahezu völligen Verlust sozialistischer Traditionen in den Arbeiterorganisationen der Bundesrepublik auch als genuines Produkt des alten Ökonomismus zu begreifen. Dabei verstehe ich hier

unter Ökonomismus weniger die Krisentheorie als den Glauben an den naturgesetzlich fortschrittlichen Gang der Technologie und der mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Formen der Organisation der industriellen Produktion, einmal abgesehen von der Konkurrenz. Die negativen Resultate technologischen Fortschritts galt es durch die Entwicklung des Sozialstaats abzufangen: Arbeitslosenversicherung für die Arbeitslosen, Invalidenrente für die von der Arbeit endgültig Krankgemachten, Krankenversicherung für die vorübergehend Krankgemachten. In der Stabilisierung dieses Systems der Vergesellschaftung unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitenden als Träger individueller Rechtsansprüche trat auch der ursprüngliche Begriff von Solidarität als Fähigkeit der Individuen zur gemeinsamen Selbsthilfe zunehmend zurück. Die Arbeiterbewegung als „Lager“, als Gesellschaft innerhalb und zum Teil auch außerhalb der Gesellschaft, die Individuen durch persönlich praktiziertes Zusammengehörigkeitsgefühl und gegenseitige Hilfeleistung verbindend, die gegenseitige Hilfe auch durch gemeinsame Kassen organisierend, eine eigene Kultur entwickelnd und gegen das Bürgertum sich abgrenzend: Solidarität als Kulturmorm gegen die des bürgerlich-egoistischen Individuums setzend. Diese Arbeiterklasse hat sich in der Bundesrepublik in der Tat aufgelöst.

#### *IV. 2. Die Solidarität ist in den Himmel der Institutionen gewandert*

Gemeinschaftliche Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten wurden und werden entweder mit oder ohne Druck der Gewerkschaften vom Gesetzgeber zu staatlichen Aufgaben erklärt. Dort werden sie als gesellschaftliche Sondertätigkeit bürokratisch arbeitsteilig verwaltet. Die Individuen haben dann nichts mehr damit zu tun. Wo in den Gewerkschaften Solidarität als individuelle Fähigkeit und als Solidarität der Gleichen erinnert wird, gilt sie vor allem als solche der Leistungsfähigen, der Beschäftigten, derer, die es geschafft haben. Die anderen werden mehr oder weniger guten Gewissens der Sozialfürsorge als Objekte der Staatstätigkeit überlassen. Solidarität wird von der Sozialdemokratie eher im Sinne der alten Katheder-Sozialisten undefiniert: nämlich daß der Staat sich um die sozial Schwachen zu kümmern habe. Der einzelne selbst entlastet sich von „Solidarität“. Er verfolgt als Einzelperson seine Interessen und stattet seinen gesellschaftlichen Zusammenhang und den Anspruch gegenseitiger Hilfe in Geldbeträgen an die Gewerkschaft und natürlich in Sozialversicherungsbeiträgen ab. Damit gehen aber die Momente kollektiven Bewußtseins, die in den ersten solidarischen Organisationsformen der Arbeiterschaft vorhanden waren, und in denen die Organisationen selbst den Sozialismus gewisserweise vorzupformen gedachten, verloren. Die moralische Identität der Lohnabhängigen, die solidarische Bewußtsein als Kulturleistung dem bürgerlichen Egoismus und Individualismus entgegenhielten, diese Identität verschwindet. Marcuse versucht das als Problem unter den weiterentwickelten Verhältnissen zu fassen: „Es geht um jeden einzelnen und um die Solidarität von Einzelnen, nicht nur von Klassen und Massen.“ (47) Er meint die Notwendigkeit der Wiedergewinnung von Solidarität als gesellschaftlicher Fähigkeit der Individuen.

Die Beschränkung der Ziele der Arbeiterbewegung auf die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte hat ihr ihren Charakter als Träger menschlicher Hoffnungen auf ein glücklicheres Leben in dem Maße genommen, wie diese Entwicklung zufriedenstellend vom Kapital geleistet wurde: Lohnerhöhung plus Arbeitszeitverkürzung plus Versprechen für jeden, durch Verbesserung des Bildungssystems mit gleichen Chancen an der Konkurrenz und am Aufstieg teilnehmen zu dürfen: Dar- aus läßt sich heute kein Gegenbild zu den Leiden, die in den existierenden Verhältnissen produziert werden, mehr stricken. Diesen Mangel an Utopie, an Hoffnungen auf Menschlichkeit jenseits der existierenden Verhältnisse, kennzeichnet heute ebenso die sich sozialistisch nennenden Länder. Was besagt der trotzig-motzige Begriff vom ‚realen Sozialismus‘ anderes als: ‚So ist es halt mal‘ und ‚Laßt alle weiteren Hoffnungen fahren‘. Was in der Kritik des ‚Sozialfürsorgestaates‘ und des ‚Bürokratismus‘ der Großorganisationen von seiten der Alternativbewegung gemeint ist, ist u. a. der in der Tat stattgefundenen Verlust der Fähigkeit, sich menschlich-gesellschaftlich zu verhalten, der Verlust solidarischer Fähigkeiten und Normen der Individuen. Die alte solidarische Tradition der Arbeiterbewegung hat sich gewissermaßen von den Individuen als Trägern abgelöst und ist in den Himmel der Institutionen gewandert, wo sie dann oft nicht mehr erkennbar ist. Anders gesagt, sie hat sich den Individuen entfremdet. Sie ist in den Institutionen vergegenständlicht.

#### *IV. 3. Hinter den freien Bürger kann nicht zurückgefallen werden*

Doch sollte man auch bedenken: Die Solidaritäts- und Selbsthilfeformen der alten Arbeiterbewegung waren eindeutig durch den *Zwang* der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse produziert. Sie waren Produkte der materiellen Not, wuchsen auf dem gleichen Boden, auf dem auch die manchmal sehnsüchtig erinnerte Gemeinschaftlichkeit von Menschen nach dem Ende des Krieges gewachsen ist. Demgegenüber ist die Entwicklung zum ‚Sozialstaat‘ auch mit der Produktion von Bedingungen einhergegangen, die den Spielraum dafür eröffnet haben, daß aus dem ‚Klassen-subjekt‘ die einzelnen als solche, um die es ginge, hervorgetreten sind. Wurden etwa in der Weimarer Republik Forderungen nach Arbeitsschutz noch häufig damit begründet, daß ein ausbeuterischer Umgang mit der ‚Arbeitskraft‘ unökonomisch, volkswirtschaftlich schädlich und nur einzelwirtschaftlich rationell sei, so wird in der Humanisierungsdebatte heute schon mit dem Recht des einzelnen, mit seiner Existenz als *Subjekt* argumentiert, das Zweck für sich sei und nicht nur Mittel zur Entwicklung der Produktivkräfte. Dieses Heraustreten des Subjekts, das entwickelte Bewußtsein der ‚Lohnabhängigen‘ – wobei man diesen Begriff vielleicht auch mal kritisch durchleuchten sollte – unterm Schutzschild der Sozialpolitik aus eigener Kraft etwas bewirken zu können, also auch als Individuum Geltung zu haben, genau dieses Bewußtsein versucht die politische Rechte heute zum Ansatzpunkt reaktionärer Vorhaben zu machen. Das sollte auch traditionell linke Vorstellungen, die so leichthin den Begriff des Kollektivs gegen den des Individuums ausspielen, stützig machen. Man sollte bedenken, daß die bürgerliche Klasse, wenn sie vor der Novem-

berrevolution vom Proletariat sprach, täglich mit Begriffen wie „der Pöbel“ und „die Straße“ hantierte. Wenn heute vom „freien Bürger“ gesprochen wird, so ist dies zunächst einmal als Fortschritt zu vermerken. Hinter entwickelte Formen kann auch nicht einfach zurückgefallen werden. Auch der Faschismus konnte nach der Novemberrevolution das Proletariat nicht mehr als „Pöbel“ haben, er versuchte es mit dem „Arbeiter der Faust“ im Unterschied zum „Arbeiter des Kopfes“ und knüpfte dabei durchaus an proletarisches Selbstbewußtsein an. Die politische Rechte kann heute am „freien Bürger“ nicht mehr vorbei, also versucht sie diese historische Figur aller weitertreibend-emanzipatorischen Hoffnungen zu entkleiden, sie auf die Kategorie des ‚Leistungsmenschen‘, der ‚selbsttätigen Menschenware‘ (Marx) zu reduzieren, die politisch-gesellschaftliche Dimension des ‚freien Bürgers‘ abzukappen: die Dimension der Hoffnung auf Freiheit von Angst und von Herrschaft, die Hoffnung auf die Entwicklungsmöglichkeiten menschlicher Fähigkeiten in umfassendem Sinn, nämlich nicht nur als Arbeits-, sondern auch als Entscheidungsfähigkeiten und als Fähigkeit zwischenmenschlicher Beziehungen und und ... Das existierende System von Herrschaft auf der Basis von Kapital und Wissen wird wiederum zur biologischen Naturgestalt mystifiziert. Es geht der politischen Rechten im Effekt eben nicht um den ‚freien Bürger‘. Sie will sich diesen Fortschritt aneignen, um dann den Rückschritt zu organisieren. Die Rücknahme sozialstaatlicher Sicherungen würde unter gegebenen Bedingungen zumindest Teile der ‚Lohnabhängigen‘ wieder zum ‚Pöbel‘ degradieren, zum bloßen *Objekt* von Entwicklungen, die von ihnen in keiner Gestalt beeinflusst werden können.

Zurückgefallen würde da nicht einfach auf das kollektive Klassensubjekt, sondern in die ‚Marginalisierung‘, die neue Form, wie die kapitalistische Gesellschaft Gruppen außer sich stellt, nachdem sie das ‚Proletariat‘ als Klasse integriert hat, bzw. dieses sich selbst, also selbst tätig geworden, integriert hat (48). Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, und dies gilt spätestens seit der Novemberrevolution auch für die Lohnarbeiter. Sie machen sie unter gegebenen Bedingungen und Umständen, aber sie machen sie. Die kommunistische Kritik an dieser Integration als Werk sozialdemokratischer Arbeiterverräter will dies nicht wahrhaben. Die ‚Massen‘ werden – und der Begriff sagt es schon – in dieser Vorstellung nicht nur als Objekt des Kapitals, sondern auch noch einmal als bloße Objekte ihrer Führer denunziert. Jedes eigene Wollen als Subjektivität wird den Einzelnen dabei abgesprochen. Man muß da durchaus selbstkritisch sein. Wie leichthin unterläuft einem selbst der Begriff vom ‚kollektiven Handeln‘ als rein emphatisch unkritischer. Gerade linke Intellektuelle, die sich doch zumindest zu reflektierenden Subjekten – wenn dies auch nicht alles ist – entwickelt haben, schwärmen vom Handeln der Massen. Ist der Gestus nicht verräterisch? Da der Kopf allein nicht handeln kann, braucht man ausführende Instrumente für seine Ideen. Warum gelingt es der marxistisch geschulten linken Intelligenz so schwer, sich gesellschaftliche Veränderung vom Ausgangspunkt gewordener Subjektivität aus zu denken. Warum interpretiert sie das ‚Individuum-Sein‘ der Lohnabhängigen allein nach der Seite der Integration in die bürgerliche Gesellschaft, nach der Seite des konkurrierenden Leistungsindividuum. Warum können Marxinterpreten im entwickelten Anspruch der Individuen auf ‚Selbsttätig-

keit' nur Fetischgestalten, Verhüllungen der eigentlich kapitalistischen Kerngestalt erblicken, die darin bestünde, daß die Lohnabhängigen nichts als Objekte des Kapitals seien. Darauf will sie auch die politische Rechte trimmen. Da sollte man schon aufmerksam zuhören.

Die Alternativbewegung präsentiert in ihren Vorstellungen und in ihrer Praxis sich entwickelnde menschliche Wünsche, Gesellschaftlichkeit weder als blinden Konkurrenzzusammenhang, noch auch als nur über den Individuen stehende Institutionen, sondern eben auch als individuelle Fähigkeiten zu entwickeln, hinausgehend über den alten Begriff der Solidarität der Arbeiterbewegung, wo man aus ‚Not‘ zusammenzustehen gezwungen war: Nämlich demgegenüber den Wunsch, sich Reichtum als solchen von menschlichen Beziehungen anzueignen, Brüderlichkeit nicht nur im disziplinierten Kampf mit dem gemeinsamen Gegner, sondern Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit als Bedingung der eigenen Entwicklung selbst. Und auch den Wunsch, das Verhältnis zwischen Mensch und Natur zu ändern. Die Alternativbewegung geht diese Wünsche praktisch an. Daß sie das als Negation nach allen Seiten hin tut, in beschränkter und mit Momenten historischen Zurückgehens versehener Form, z. T. auch wiederum aus der Not des nicht mehr unter gegebenen Verhältnissen Könnens, liegt nicht nur an ihr, sondern reflektiert diese Verhältnisse kritisch. Was da gewünscht wird, geht über das, was in der historischen Figur des Lohnarbeiters gewünscht wird, hinaus und in der Isolierung fällt es auch z. T. dahinter zurück. Eine Auflösung der einen in die andere Bewegung ist auch nicht denkbar, denkbar ist aber gegenseitige Wahrnehmung statt Abschottung mit dem Zweck, dem Versuch der politischen Rechten, den Rückgang vor die Novemberrevolution als Lösungsweg existierender gesellschaftlicher Entwicklungsprobleme zu propagieren, sich entgegenzustellen.

## Anmerkungen

- 1 Joseph Huber, Das Unternehmen. Modell einer selbstverwalteten Zukunft, in: Kursbuch 53, 1978, S. 147
- 2 Thesen der „Liberalen Gesellschaft“, Frankfurter Rundschau (FR), 15. 6. 79
- 3 J. Huber, a.a.O., ebda.
- 4 E. V. Kuehnelt/Leddin, Vom Versorgungsstaat zum Zwangskloster, in: Der überforderte schwache Staat, Hrsg. G.-K. Kaltenbrunner, München 1974, S. 57
- 5 Vgl. Anm. 4
- 6 Ebda.
- 7 F. J. Strauß, Essener Rede, FR 27. 9. 79
- 8 ders., Dokumentation FR 18. 7. 79
- 9 Ebda.
- 10 W. Weber, Demokratisierung – ein ideenpolitischer Begriff ..., in: Erhard/Brüß/Hagemeyer (Hrsg.), Grenzen der Demokratie?, Düsseldorf-Wien 1973, S. 121
- 11 A. v. Hayek, Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen 1977, S. 29
- 12 Fredersdorf, in: FR, 29. 5. 79
- 13 Strauß, vgl. Anm. 8
- 14 Ebda.



- 15 Fredersdorf, a.a.O.  
 16 Strauß, a.a.O.  
 17 Strauß, Bayernkurier 17. 4. 76  
 18 ders., Sonthofener Rede, FR 12. 3. 75  
 19 J. Kaestner, Gegenwärtige Gesellschafts- und Staatsauffassung der CSU, Ffm 1979, S. 39. In diesem Sinne kritisiert etwa Biedenkopf das CDU-Grundsatzprogramm von 1976 (Entwurf), insofern es sozialstaatliche Elemente enthält: „Der Entwurf erklärt ‚soziales Wohlbefinden‘ statt, wie von Biedenkopf gewünscht, ‚Freiheit des Einzelnen ... zur Richtschnur wirtschaftspolitischen Handelns‘. CDU-Grundsatzdiskussion, Hrsg. R. v. Weizsäcker, S. 121, zitiert nach Rheinische Zeitung, Bonn Jg. 3, Nr. 22  
 20 In der Denkschrift des Reichsverbands der Deutschen Industrie (2. 12. 29) – in ähnlicher Weise findet man es bei der heutigen Fraktion – lesen wir: „Den hohen Anforderungen, die die neuen Verhältnisse an den Unternehmer und an die gesamte Wirtschaft gestellt haben, kann die Industrie nur gerecht werden, wenn sie von unproduktiven Ausgaben entlastet, der Zinssatz gesenkt und eine angemessene Rente des in den Unternehmen arbeitenden Eigenkapitals ermöglicht wird. Die deutsche Wirtschaft muß frei gemacht werden ... Sie muß von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden.“ Gefordert werden Steuersenkung, Senkung der öffentlichen Ausgaben, Anpassung der Sozialpolitik an die „Leistungsfähigkeit“ der Wirtschaft. (Zit. bei U. Hörster-Philipps, Wer war Hitler wirklich?, Köln 1978, S. 75/76  
 21 a.a.O., S. 145  
 22 Goebbels, 22. 4. 31, a.a.O., S. 116  
 23 Vgl. Anm. 12  
 24 Die Doppelung des Bürgers in citoyen und bourgeois als Kennzeichen der bürgerlichen Gesellschaft faßte Marx in seinen Überlegungen „Zur Judenfrage“ folgendermaßen: „Der vollendete politische Staat ist seinem Wesen nach Gattungslieben“ (also das gesellschaftlich-gemeinsame) „des Menschen im *Gegensatz* zu seinem materiellen Leben. Alle Voraussetzungen dieses egoistischen Lebens bleiben *außerhalb* der Staatssphäre in der *bürgerlichen Gesellschaft* bestehen, aber als Eigenschaften der bürgerlichen Gesellschaft.“ Der Begriff Staatsbürger im Unterschied zu Privatmensch meint für Marx „das Leben im *politischen Gemeinwesen*, worin er sich als Gemeinwesen gilt“ im Unterschied zum „Leben in der bürgerlichen Gesellschaft, worin er als Privatmensch gilt.“ (MEW 1, S. 354/355)  
 25 Dies im Unterschied zum Neoliberalismus, welcher in Reaktion auf den Faschismus noch glaubte, Entflechtung der großen Konzerne und Kontrolle der Konzentration und Zentralisation durch einen starken Staat fordern zu müssen, um überhaupt eine legitime Wirtschaftstheorie zu sein.  
 26 entfällt  
 27 Strauß, Bayernkurier, 3. 6. 78  
 28 Stoiber, FR, 22. 8. 79  
 29 Strauß, FR, 13. 10. 79  
 30 H. Schelsky, in: Der Arbeitgeber, 26. 1. 79  
 31 Rudolf Bahro, Die Alternative, Ffm 1977, S. 352  
 32 Hans Mohr, Erbgut und Umwelt, in: Oberndorfer/Jäger (Hrsg.), Die neue Elite, Freiburg 1975, S. 117. Hier wäre übrigens zu überprüfen, wie weit diese These auf den inzwischen als glatte Fälschungen erwiesenen Untersuchungen in der Zwillingforschung beruhen.  
 33 Ebda., S. 118  
 34 Ebda., S. 117  
 35 Gerade die Epoche der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt hat an dem Bewußtseinsmaterial gestrickt, aus dem sich die politische Rechte versorgt, allerdings dabei noch die Hoffnung nährend, auf kapitalistische Weise ließe sich dem Schicksal enthumanisierter borbierter Arbeit entgehen. In der nun in der Tat visionären Konzeption des Bundeskanzlers von einem Volk von Blaupäuslern, sprich Intellektuellen, wird der Versuch der Externalisierung der Probleme kapitalistischer Arbeitsteilung gemacht: Im Modell Deutschland

sollen – vermittelt über den ja angeblich aus Rohstoffknappheit so notwendigen breiten Außenhandelssektor – alle Deutschen privilegiert sein. Aber eigentlich schon die Begleitmusik zu diesem ideologisch drapierten Thema, die Ehrenbergsche ‚Sozial‘politik, die Weginterpretation der Arbeitslosenziffern, ihre Erklärung aus mangelnder Mobilität sprich mangelnder Bereitschaft, jede Arbeit anzunehmen, die dementsprechende Gesetzgebung zur ‚Mobilisierung‘ der Arbeitslosen zeigte an, daß realistisch das Schmidt’sche Modell Deutschland seiner inneren Dynamik nach auf das Strauß’sche zutreibt: Die Ausgrenzung der sozial Schwachen mit allen Mitteln.

36 Oberndörfer, Volksherrschaft – Zur normativen Prämisse der Demokratie, in: Oberndörfer/Jäger, a.a.O., S. 19

37 Ebda., S. 29

38 Strauß, Bayernkurier, 29. 5. 78

39 ders., Bayernkurier, 3. 6. 78

40 Joseph Huber, Das Unternehmen, Modell einer selbstverwalteten Wirtschaft, S. 145 - 147, in: Kursbuch 53, 1978

41 Das folgende ist zitiert nach einem Antrag des Bremer Frauenhauses auf Unterstützung durch Netzwerk

42 Jaeggi/Müller/Schmidt, Das rote Bologna, Zürich 1976, S. 197 f.

43 ebda., S. 196

Und der Psychiatrieprofessor Eustachio Loperfido formuliert: „Die grundsätzliche Alternative besteht darin, die Probleme, die Widersprüche in die Gemeinschaft zurückzutragen, in der sie entstanden sind, damit man ihren Ursprung entdeckt und ihre Gründe bekämpft; damit die Gesellschaft selbst sich all dessen bewußt wird und bemächtigt, also ihre eigenen Fähigkeiten mobilisiert, um ihre eigene Entwicklung in den Griff zu bekommen.“ (195) „Welche Reformen auch immer gemacht werden, das Institut setzt den gesellschaftlichen Absonderungsmechanismus fort, statt ihn aufzuhalten. Mit dieser Erfahrung gingen die Casaglia Reformer an die Auflösung des Kinderheims. Die Begründung für diesen Schritt, von dem sie die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung zu überzeugen vermochten, legten sie in ihrem Arbeitsbericht vom 11. Mai 1971 dar: ‚Die Gesellschaft, so wie sie heute strukturiert ist, schafft Probleme der Marginalisierung und Nichtanpassung. Die Institution als Antwort auf diese Probleme dient nur zur ... Verschleierung ... einer Reihe von nicht gelösten Problemen.‘“ (198/99)

43a Der Einfachheit halber gehe ich hier nicht auf die kommunistische Tradition im besonderen ein. Vgl. dazu etwas ausführlicher: Christel Neusüß, Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation, in: PROKLA 31

44 Günter Kaiser, Der Nationalsozialismus, eine reaktionäre Revolution, 1931, dokumentiert in: Wolfgang Luthardt, Hrg., Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung, 1927 - 1933, 2 Bde. Ffm 1978, Bd. 2, S. 322

45 Elisabeth Schalldach, Rationalisierungsmaßnahmen der Nachinflationszeit im Urteil der deutschen Gewerkschaften, Jena 1936, S. 57

46 W. Eggert, Rationalisierung und Arbeiterschaft, Berlin 1927, Referat auf der Betriebsrätekonferenz des ADGB, S. 26

47 Marcuse, Fortschritt und Innerlichkeit, in: Die Neue, 26. 9. 79

48 Genauer historisch zum Gesamtzusammenhang der ‚Subjektwerdung‘ der Lohnarbeiter: Rainer Rotermundt, Nationalsozialismus und Neofaschismus, Schriftenreihe des Kreisjugendrings Nürnberg Stadt, Nr. 3, bei dem ich viel gelernt habe.

+++++  
+ Christel Neusüß, Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation – entwickelt anhand der Räte Diskussion und der Rationalisierungsdebatte in den  
+ 20er Jahren, in: PROKLA Nr. 31 (1978)  
+ Christel Neusüß, Welche neuen Momente bestimmen die gegenwärtige Stagnationsphase, in:  
+ PROKLA Nr. 36 (1979)  
+++++